

Deutschland von außen

Teil 4: Die unendliche Geschichte der Rente

Eine Serie in fünf Teilen

von

Heiner Flassbeck

WuM, Januar 2003

Nach der Reform ist vor der Reform. Der Spruch, der in Deutschland schon lange für "Jahrhundertreformen" bei den Steuern galt, kann jetzt auch auf die Rente angewendet werden. Nach der Jahrhundertreform, die eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung vor zwei Jahren in die Welt gesetzt hat, soll nun Ende 2003 eine unabhängige Kommission die Blaupause für die nächste Jahrhundertreform vorlegen.

Schon bei der letzten Reform hatte sich die Regierung zu einem einschneidenden Systemwechsel entschlossen. Zum ersten Mal war die private Vorsorge Teil der Alterssicherung in Deutschland geworden. Dieser Gedanke wird, nach der Zusammensetzung der gerade eingesetzten Kommission zu urteilen, in der neuen Reform noch verstärkt. Daß die vorherige Reform schon nach zwei Jahren fundamental in Frage gestellt ist, gehört offenbar zu den Petitesen, die man politisch nicht einmal zur Kenntnis nehmen muß.

Der Ausgangspunkt der Reformen ist immer der gleiche. Weil abzusehen ist, so die Argumentation, daß die Deutschen immer älter werden, sei das in den 50er Jahren eingeführte Umlageverfahren, der Generationenvertrag also, bei dem immer die heutige Generation für die Älteren aufkommt, nicht mehr haltbar. In diesem System würden die Rentenbeiträge spätestens 2030 bei 26 % liegen und das sei weder für die Arbeitnehmer noch für die Unternehmen zumutbar.

Im Umlageverfahren müßte der durchschnittliche Arbeitnehmer 13 % seines Einkommens für Rentenbeiträge aufwenden im Vergleich zu fast 10 heute. Das ist offenbar die Katastrophe, die man verhindern will. Der durchschnittliche Arbeitnehmer, der heute 4000 DM brutto im Monat hat, wird im Jahre 2030, wenn die deutsche Wirtschaft nur mit 2 % real wächst, etwa 7200 DM – zu heutigen Preisen – verdienen. Bei 10 % Rentenbeitrag verbleiben ihm für alles übrige 6500 DM, bei 13 % noch 5900 im Monat. Woran gemessen wäre letzteres eine Katastrophe? Könnten nicht auch die deutschen Unternehmen bei doppelter Produktivität und verdoppelten Gewinnen die fehlenden 2 % tragen?

Nein, sagt die Regierung, die Lohnnebenkosten sind ohnehin zu hoch und dürfen auf keinen Fall über 22 % steigen, folglich müßten im alten System die Renten sinken. Wer eine unveränderte Rente haben will, muß privat vorsorgen. Also bietet man ihm schon jetzt an, die 4 %, die zwischen 22 und 26 % fehlen – steuerlich gefördert – freiwillig anzusparen und man schließt die Arbeitgeber von vorneherein von der Zahlung aus. Da wird die Rentenpolitik zum gefährlichen Unfug. Es gibt nämlich keinerlei Beleg dafür, daß die Lohnnebenkosten in

Deutschland zu hoch sind und, noch wichtiger, im Gegensatz zum einzelnen Hausvater können alle Arbeitnehmer einer Volkswirtschaft überhaupt nicht für die Zukunft ansparen.

Seit zwanzig Jahren sind in Deutschland die gesamten realen Lohnkosten einschließlich der Lohnnebenkosten weit hinter der Produktivität zurückgeblieben. Seit 1980 addiert sich das Zurückbleiben der realen Arbeitskosten auf fast 20 % und ist damit stärker als in allen anderen großen Volkswirtschaften dieser Welt. Wenn aber die gesamten Arbeitskosten nicht zu hoch sein können, kann – logischerweise – auch kein Teil derselben in irgendeinen ernsthaften Sinne für die Arbeitgeber zu hoch sein.

Zum anderen, wenn die Arbeitnehmer ihre Lohnnebenkosten für die Rente auf 15 % erhöhen, ist das exakt das Gleiche wie eine Erhöhung der Abgaben, weil auch das Ansparen für eine private Rente Konsumverzicht bedeutet. Kapitaldeckung ist aber für die Unternehmen sehr viel schlechter: Beim Umlageverfahren verzichtet der Arbeitnehmer nämlich in 30 Jahren auf etwas mehr Konsum von seinem wesentlich höheren Einkommen. Er hilft dann die Zusage des Staates einzulösen, auch den jetzt arbeitenden Menschen eine angemessene Rente zu zahlen. Heute aber kann der Arbeitnehmer von seinem Einkommen mehr konsumieren. Daß er mehr Geld heute ausgibt, kommt jedoch unmittelbar den Unternehmen zugute, die heute und nicht erst in 30 Jahren Güter produzieren und investieren wollen.

Bei der Kapitaldeckung verzichtet der Arbeitnehmer schon in der Gegenwart auf mehr Konsum, um in 30 Jahren trotz der Alterung der Bevölkerung eine gleich hohe Rente zu erhalten. Er gibt daher sein Geld einer Bank oder einem Fonds. Was aber geschieht dann? Der Fonds leiht das Geld einem anonymen Schuldner. Der investiert das Geld in Sachanlagen und verspricht, in Zukunft Zinsen zu zahlen. Nur – und das ist der Knackpunkt – der Investor muß auch heute Gewinne machen, will er überleben und soll er später Zinsen zahlen können. Versucht eine große Gruppe der Volkswirtschaft heute jedoch, mehr zu sparen als vorher, sinkt die Chance aller Investoren, ordentliche Gewinne zu machen.

Kapitaldeckung behindert folglich die einzige Form des „Sparens“, die es für eine Volkswirtschaft insgesamt gibt, nämlich das Investieren in Sachkapital. Gelingt die Kapitaldeckung, wie im vergangenen Jahr zu beobachten, und steigt die Sparquote der Arbeitnehmer bei dem Versuch, Eigenvorsorge zu betreiben, sinken die Gewinne der Unternehmen, also deren „Sparen“. Das kostet, wie wir 2002 gesehen haben, unmittelbar Investitionen und Arbeitsplätze. Bleibt dagegen die Sparquote der Arbeitnehmer konstant, subventioniert man mit den staatlichen Hilfen lediglich einen Teil des bisherigen Sparens. Eine größere Vorsorge gibt es dann nicht einmal der Idee nach.

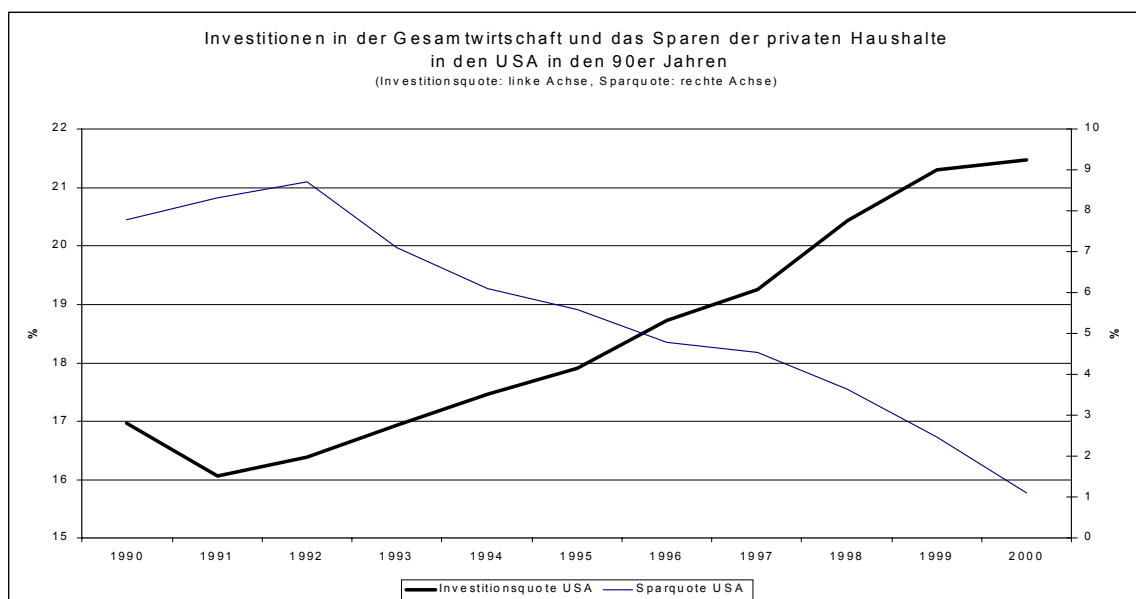
Mögen Interessenvertreter und Professoren auch gebetsmühlenartig das Gegenteil verkünden, es bleibt eine unumstößliche Wahrheit, daß eine Volkswirtschaft als Ganzes nicht Geld ansparen kann. Immer muß jemand hier und heute das angesparte Geld aufnehmen, sich also verschulden, um zu investieren, soll in Zukunft eine Zinszahlung möglich sein. Wenn es in 30 Jahren mehr Alte als Junge gibt, wird die wirtschaftliche Leistungskraft sinken und folglich weniger Zinserträge oder Rentenbeiträge hergeben. In Zukunft müssen daher in jedem System die Renten geringer sein oder der dann zu zahlende Rentenbeitrag größer sein. Heute mehr zu sparen, erspart uns das nicht. Es mindert sogar unsere Chance, die Belastung mit einem hohen Einkommen erträglich machen zu können.

Heute zusätzlich gespartes Geld verdirbt das heutige Geschäft aller Unternehmer dieser Welt. Jeder Euro, den wir heute für Güter, die Unternehmen produzieren, nicht ausgeben, mindert

den Gewinn aller Unternehmen unmittelbar um genau eine Mark. Die Unternehmen können sich unsere Mark nun aber günstiger von der Bank ausleihen, weil die Zinsen gesunken sind, sagen die Anhänger der Kapitaldeckung. Doch was bedeutet das im Vergleich zum Nicht-Sparen? Es bedeutet, daß der Unternehmer nun Zinsen für den Euro bezahlen muß, den er umsonst bekommen hätte, wenn wir ihn ausgegeben und nicht gespart hätten. Investieren ist also teurer geworden. Die Zinsen sind zwar gesunken, der Gewinnrückgang der Unternehmen aber ist größer. Der Anreiz zu investieren hat abgenommen.

Was wieder nur zeigt, daß es in der Ökonomie nichts umsonst gibt. Es wäre das Schlaraffenland mit den gebratenen Tauben, wenn man mehr Geld sparen könnte, also auf Konsum heute verzichtete und dennoch die Unternehmen fröhlich weiter investierten, als wäre nichts geschehen. Wenn das so wäre, bräuchten wir uns überhaupt keine Gedanken über das Investieren machen, weil die Unternehmen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation immer genügend Zukunftsvorsorge betrieben. Bezieht man den Staat mit ein, gilt grosso modo das Gleiche. Legen wir unser Geld in Staatsanleihen an, statt es in die Rentenversicherung einzuzahlen, kann der Staat nur dann soviel ausgeben wie vorher, wenn er sich höher verschuldet. Die Kapitaldeckung ist dann nur eine teure Umlage. Gibt der Staat weniger Geld als vorher aus, kommt auch weniger Geld bei den Unternehmen an, mit den gleichen Folgen wie bei höherem Sparen der Privaten.

Wir sorgen durch das Sparen also gerade nicht für die Zukunft vor, sondern tun das Gegenteil. Die Volkswirtschaft als Ganzes kann nicht wie eine Kleinfamilie sparen. Sie kann kein Geldvermögen in die Zukunft transportieren, sondern nur Realkapital. Dessen Bildung wird aber durch den Versuch einer Gruppe, mehr Geldvermögen zu bilden, behindert. Wie man in den 90er Jahren in den USA beobachten konnte, wird umgekehrt ein Schuh daraus: Wird weniger von den Privathaushalten gespart, investieren die Unternehmen umso mehr in Sachkapital, weil der Konsumrausch der privaten Haushalte die Gewinne, das Sparen der Unternehmen also, hat explodieren lassen. Die amerikanische Volkswirtschaft als Ganzes sorgte vor, der Einzelne überhaupt nicht (Abbildung).



Damit erweist sich die ganze Debatte und jede neue Kommission als Schimäre. Jede Rente ist kapitalgedeckt. Sie ist gedeckt von dem Sachkapital, das genau zu dem Zeitpunkt Erträge ab-

wirft, wo die Rente oder der Zins auf eine Anlage gezahlt werden soll. Eine andere Kapitaldeckung gibt es nicht. Wenn wir in 30 Jahren sehr viel mehr Rentner als Aktive im Vergleich zu heute haben, und die Rentner eine gleich gute Absicherung wie heute genießen sollen, dann müssen wir das auf die eine oder andere Weise bezahlen.

Wir können die daraus entstehenden Lasten nur dadurch relativieren, daß wir heute viel in Sachkapital investieren und folglich in 30 Jahren so reich sind, daß Unternehmen und Arbeitnehmer zusammen 26 % Rentenbeitrag gut verkraften. Wollen wir es dennoch nicht bezahlen, müssen wir das mit den zukünftigen Rentnern ausmachen und ihnen erklären, daß sie mit weniger Rente im Vergleich zum Einkommen auskommen müssen als die heutigen Rentner, also trotz größerem Wohlstand relativ arm sein werden. Das ist eine Verteilungsfrage und – wie alle Verteilungsfragen – schwer zu lösen. Heute den Menschen jedoch zu sagen, sie könnten diese Verteilungsfrage umgehen, indem sie ihre Groschen zusammenhalten, ist Scharlatanerie.

So ist es am Ende ganz einfach: Es gibt ein reales Problem, das für 20–30 Jahre in der Mitte des 21. Jahrhunderts Überalterung heißt. Dessen Lasten kann man auf die eine oder andere Art verteilen. Man kann auch versuchen, das reale Problem durch reale Maßnahmen zu lösen. Eine reale Lösung ist z. B. die Zuwanderung von mehr jungen Menschen aus Ländern, die umgekehrte Bevölkerungsverhältnisse haben. Der Königsweg sind natürlich mehr Geburten im Inland. Zu denken ist auch an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wie sie derzeit von manchen Ökonomen "gefordert" wird.

Aber, und hier werden solche "Forderungen" naiv, alle diese realen Lösungen setzen voraus, daß die Wirtschaftspolitik das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommt. Ohne einen Abbau der Arbeitslosigkeit kann eine Vergrößerung des Arbeitsangebots nicht verkraftet werden. Darauf und nicht auf die Rente im Jahre 2030 sollten sich unsere Politiker daher schon heute vorwiegend konzentrieren. Es gibt keinen Finanzierungstrick, mit dem man das reale Problem der Überalterung lösen könnte. Mit noch mehr Kapitaldeckung gefährdet man sogar die Chance, einer Situation der Vollbeschäftigung näherzukommen.

Lesen Sie im letzten Teil der Serie, warum man die Lohnnebenkosten vollständig abschaffen sollte und welche Lehren man aus der deutschen Geschichte ziehen kann.